

Janua

Herausgeber:
Erich Mühsam

Inhalt:

Bayern. — Arco und Lindner. — Sowjet-Granaten?
Friede auf Erden. — Siegfried Jahobsohn.
Was ist unsittliche Kunst? — Kurze Chronik.



Jahrgang 1

BERLIN

Januar 1927

PREIS 30 PfG.

Nr. 4

PREIS 30 PfG



Kain

Zeitschrift für Menschlichkeit

Herausgeber: Erich Mühsam

Erste Folge April 1911 — Juli 1914.

Im ganzen erschienen 40 Hefte, Umfang und Format ähnlich dem FANAL. Ganze Exemplare oder vollzählige Einzeljahrgänge sind nicht mehr vorhanden, doch können noch Zusammenstellungen bis zu ungefähr 30 verschiedenen Heften geliefert werden.

Jedes Heft wird bis auf weiteres mit 1,50 RM berechnet.

Zweite Folge November 1918 — April 1919.

Es erschienen ein vierseitiges Flugblatt und 9 Nummern der Zeitschrift in Großquartformat mit ganzseitigen Titelzeichnungen und Beiträgen zu den Revolutionsproblemen vom Herausgeber und verschiedenen Mitarbeitern. Der Lagerbestand des Blattes wurde nach der Verhaftung des Herausgebers von den Nosketruppen fast vollständig vernichtet. Von Nr. 9 ist kein einziges Exemplar erhalten geblieben. Das Flugblatt nebst den 8 ersten Nummern ist noch dreimal vorhanden und wird zum Preise von 50 RM für alle 9 Blätter abgegeben. Von den Nummern 1, 2, 3, 4, 7 und 8 sind noch etliche Stücke gerettet, die zum Preise von 2 RM für das einzelne Blatt bezogen werden können.

Anfragen, Bestellungen, Geldsendungen an den Herausgeber persönlich

Erich Mühsam, Charlottenburg, am Lützow 10

Postscheckkonto Berlin Nr. 82419.



FANAL

HERAUSGEBER: ERICH MÜHSAM

Jahrgang 1

Nummer 4

Januar 1927

„FANAL“ erscheint im Monat einmal und ist zum Preise von 30 Pfennigen für das Einzelheft vom Verlage oder durch den Buch- und Straßenhandel zu beziehen. Abonnement, halbjährlich RM. 1,75, (Ausl. 2.05) jährlich RM. 3,50, (Ausl. 4,10), ist durch Einzahlung beim Postscheckamt Berlin, Nr. 82419 auf den Namen des Herausgebers zu bewirken oder beim zuständigen Postamt anzumelden. Zuschriften nur an die persönliche Adresse des Herausgebers Bln.-Charlottenburg, Am Lützow 10

Die Beiträge dieser Zeitschrift sind sämtlich vom Herausgeber.

Bayern.

Im September 1916 erwarb ich die bayerische Staatsangehörigkeit. Wer im Laufe von zwei Kriegsjahren durch die rosige Schminke der deutschen Heeresberichte hindurchzulesen gelernt hatte, wußte, daß Falkenhayns letzte Hoffnung, durch die Offensive auf Verdun den Krieg noch zu einem glimpflichen Remis-Abschluß zu bringen, im Blutmeer der vor den Außenforts der Festung geopferten deutschen Soldaten ersoffen war. Da ich weder General, noch Staatsmann, noch Parlamentarier oder Professor war, noch gar sozialdemokratischer Parteigänger, hatte ich keinen Zweifel, daß nur noch die Anerkennung der militärischen Niederlage mit der Verkündung des Verzichtes auf Belgien und Elsaß-Lothringen und der Verpflichtung zur Wiederherstellung der zerstörten Gebiete die Möglichkeit für die kaiserlichen und königlichen Regierer offen ließ, zur Festsetzung der Friedensbedingungen als Verhandlungspartner überhaupt zugelassen zu werden. Die Absetzung Falkenhayns und die Ernennung der auf Heroen zurechtfrisierten Generäle Hindenburg und Ludendorff zum Oberbefehlshaber und Generalquartiermeister der gesamten Armee war das Eingeständnis der Katastrophe (29. August), und die Frage, die allein offen blieb, war die, welche Art Revolution die infernalisch betrogene und ausgeblutete deutsche Bevölkerung beim Erwachen aus ihren Siegesträumen unternehmen würde. Ich gestehe, daß ich kein guter Prophet war. Ich glaubte zu jener Zeit weder, daß wir die größere Hälfte des aussichtslosen Gemetzels noch vor uns hätten, noch, daß das Deutsche Reich Bismarckscher Prägung, mochte man seine Grenzen selbst in der Krim und in Palästina verteidigen, die fürchterliche

Widerlegung seiner Existenzberechtigung durch diesen Krieg in irgend einer Form sollte überdauern können. Mir schien selbstverständlich, daß noch vor dem revolutionären Angriff der heimgekehrten Arbeiter und Kleinbauern auf die Wirtschaftsgrundlagen der Gesellschaft die Liquidierung der Versailler Verträge von 1871 und somit die Auflösung der unter dem Namen Deutsches Reich firmierenden G. m. b. H. Großpreußen, erfolgen würde; denn es war völlig klar, daß jedes Land billiger weggekommen wäre, wenn es seinen Staatsbankrott selbst verwaltet hätte, als wenn es seine als Existenz- und Produktivkräfte auswertbaren Substanzmaterialien im Mörser der deutschen Universalpleite mit der gesamten Konkursmasse zerstampfen ließe. Die Zerschlagung des Reichs im Jahre 1918 hätte es den schwerindustriellen Nutznießern des Kriegsanleihe-Schwindels einigermmaßen erschwert, mit dem großartigen Raubzug der Inflation den letzten Spargroschen des deutschen Kleinrentners in ihre Taschen zu leiten.

Ich fühlte also im Sommer 1916 das Ende des Deutschen Reiches herannahen, überlegte, daß mit dem Bismarckschen Verfassungswerk auch die pflichtgemäße Gastfreundschaft der Bundesstaaten gegen Angehörige aller 26 deutschen verbündeten Väterländer, der Indigenats-Vertrag, zu Grabe fahren werde und schloß aus genauer Kenntnis sowohl meiner eigenen als auch der bayrischen Eigenart, daß ich in dem Augenblick, der mich in Bayern zum Ausländer machte, zugleich lästiger Ausländer sein müßte. Um also nicht eines Tages Hals über Kopf aus Bayern und München, wo ich meinen Wohnsitz hatte und mich leidlich wohl fühlte, hinausgeschmissen werden zu können, trat ich am 9. September 1916 mit weißblau gestärktem Gemüt zum knödelechten Bajuwarentum über. Diese Vorsicht erwies sich 1½ Jahre später als sehr zweckmäßig. Bayern, noch während des Krieges das weitaus am liberalsten verwaltete Land Deutschlands, hatte, gestützt auf seine Reservatrechte aus den Versailler Verträgen, eigene Bestimmungen über die Handhabung des Kriegszustands. Die im preußisch regierten übrigen Deutschland gegen revolutionäre Kriegsgegner brutal angewendete Schutzhaft existierte dort nicht. Erst nach dem Januarstreik 1918 führte man die mildere Abart dieser Maßregel ein, die Verschickung in Zwangsaufenthalt unter militärischer Kontrolle. Zugleich aber leitete Bayern bereits damals die Loslösung vom Deutschen Reiche ein. Es setzte den 1871 abgeschlossenen Indigenatsvertrag ohne jede Kündigung von sich aus einseitig außer Kraft und verwies kriegsunlustige Nichtbayern des Landes, darunter Frauen und Kinder verhafteter Preußen, die in Bayern ge-

boren und ihr Lebtag noch nie jenseits der bayerischen Grenze gewesen waren. Ohne den Wechsel meiner Staatszugehörigkeit wäre auch ich mit meiner Familie im Frühjahr 18 per Schub über die nördliche Grenze speditiert worden und hätte das Ende der Heldenzeit in irgend einem preußischen Schutzhaftgefängnis abwarten können; so aber mußte man sich darauf beschränken, mich nach Traunstein in Zwangsaufenthalt zu setzen. Mein berechtigter Zweifel an Bayerns Preußentreue hatte mir das Aergste erspart.

Bei Beendigung des Krieges dachte in Bayern kein Mensch ernsthaft an den Fortbestand des alten Reiches. Als Professor Quidde im Oktober 18 den Landtag zu einer Treuekundgebung für die Einheit des Reichs veranlassen wollte, da erwiderte ihm der Fraktionsvorsitzende der Zentrumspartei, der kurz darauf mit Heim die Separation seiner Partei vom Reichszentrum und die Begründung der Bayerischen Volkspartei vollzog und heute Ministerpräsident der königlich bayerischen Republik ist, Herr Held, daß Bayern keinen Anlaß habe, sich in den preußisch-deutschen Kladderadatsch freiwillig mit hinein zu stürzen. Dann kam das Kino-Revolutionöchen, das es bei der kaum mehr als symbolisch wichtigen Verjagung der Dynastien bewenden ließ; immerhin darf gesagt werden, daß Bayern das einzige deutsche Land war, in dem die Versuche, aufs Ganze zu gehen, zu Größerem als heroischen Einzelaktionen führten. Das lag nicht nur an der wirtschaftlichen Struktur des Landes, obwohl es natürlich kein Zufall ist, daß der Versuch, Räterepubliken zu errichten, bisher nur in Ländern von ausgesprochen agrarischem Charakter unternommen worden ist: in Rußland, der Ukraine, Ungarn und in Bayern, dessen Bevölkerung zu 65% aus Kleinbauern besteht. Sehr wesentlich für die Intensität und Ausdehnung der bayerischen Revolutionsbewegung war der über die Klassengegensätze hinaus wirkende Widerstand aller Volksschichten gegen die großpreußischen Ansprüche, die man auch allenthalben für die von Bayern dem Kriege gebrachten Opfer an Blut und Wohlstand verantwortlich machte. Gegen die Berliner Konterrevolution, deren sozialdemokratische Exponenten Ebert und Scheidemann vom ersten Tage nur den einen Ehrgeiz kannten, den plumpen Unitarismus der großpreußischen Kasernen-despotie zu retten und noch zu vergrößern, standen in Bayern die heterogensten Elemente in wütender Abwehr. Das vor allem erklärt die entschlossene Beteiligung des größten Teils der bayerischen Bauernschaft selbst an den radikalsten Bestrebungen der Revolution. Der föderalistische Gedanke, der aus dem Gefühl einer besonderen Geschichte, Erziehung, Wesensart und von den

Norddeutschen getrennten Lebensinteressen erwuchs, verband Kreise, deren Peripherien sich sonst nirgends schneiden. Föderalismus — das war der Gaul, den wir 1918/19 allesamt ritten, die Klerikalen aus Herrschsucht, die Bauern aus natürlichem Instinkt, die Arbeiter aus Wut gegen Hohenzollern und Scheidemänner, die sozialdemokratischen Führer aus Angst, den letzten Anhang zu verlieren und Landauer und ich, die wir im Vordergrunde der Ereignisse das anarchistische Element vertraten, aus Gründen der Weltanschauung und des Prinzips.

Die Separation Bayerns, mindestens bis zur Festsetzung neuer Grenzen durch eine innerdeutsche Verständigung nach Entgegennahme der Friedensbedingungen der Sieger, schien damals niemandem fürchterlich. Offen befürwortet wurde sie von uns entschiedenen Räterepublikanern, die wir ermaßen, wieviel günstiger die Möglichkeiten für das bayerische Proletariat lagen, im Bunde mit der radikalisierten Kleinbauernschaft die Expropriation des industriellen und agrarischen Großbesitzes durchzuführen, wenn wir mit der wirklichen Revolution selbständig voran gingen, als wenn wir unsre Aktionen in irgend welchen Abhängigkeiten von Berliner Entschlüssen durchzuführen hätten. Der unendlich schwerere Kampf des norddeutschen Industrieproletariats, das fast keine Unterstützung vom Lande hatte, wäre durch die Loslösung Bayerns vom Reich und den Sieg unsrer Revolution ungemein erleichtert worden. Zweimal hat das Eingreifen marxistischer Parteinstanzen aus Berlin mit ihren zentralistischen Ansprüchen den Fortgang der bayerischen Revolution gestört, zuerst nach Eisners Tode durch das von den Berliner Unabhängigen Haase, Kautsky und Barth geschobene Nürnberger Kompromiß, das den Verrat Schnepfenhorsts einleitete, das zweite Mal durch die unerwartete Gegenparole der Kommunistischen Partei gegen die Beteiligung an der Räterepublik, die im entscheidenden Augenblick das durchaus einige Proletariat verwirrte und auseinander sprengte. — Aus ganz andern Motiven als unsern betrieb ein Teil der Heim-Heldschen Partei die völlige Abtrennung Bayerns vom ehemaligen und sich langsam wieder kittenden Reich. Die politischen Vorbereitungen, die Dr. Heim traf, um durch rechtzeitige Separation Frankreichs Wohlwollen beim Friedenskongreß zu gewinnen, werden wohl auch von ihm selbst nicht bestritten. In voller Offenheit wurde aber der Gedanke von seinem und Helds Parteifreund Osel propagiert, der, wie uns damals versichert wurde, Bayern durch Hergabe der Pfalz von allen Kriegsverpflichtungen frei kaufen wollte. Leider war es grade dieser Osel, der der Erregung über Eisners Ermordung als einziger

Abgeordneter zum Opfer fiel, als die Galerie den Landtag, dem Kurt Eisner eben seine Demission bringen wollte, mit Schüssen auseinander jagte. Graf Arco, der sich jetzt in einem eigenen Buch „Aus fünf Jahren Festungshaft“ (Regensburg, Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz) selbst als Föderalist und großdeutscher Preußenfeind präsentiert — einer übrigens recht dürftigen Arbeit, die keinen einzigen neuen Gedanken über die von Gentz, Constantin Frantz und Fr. W. Förster erschlossenen Ideen hinaus erzeugt, — Graf Arco hat mit seiner aus lächerlichstem Mißverstehen Eisners, der uns Linke fanatisch bekämpfte, aus völliger Unkenntnis der Vorgänge und ihrer Zusammenhänge entströmten, auch von seinem eigenen Standpunkt aus überaus törichten Tat den Tod grade des Mannes mit herbeigeführt, der mit viel größerer Kurage als die überlebenden Heimhelden die Sache des katholischen Großdeutschums unter bayerischer Führung zu fördern geeignet war.

Die Weimarer Verfassung, deren Verfasser mit Recht Preuß hieß, machte den Osel- und Arco-Träumen ein Ende. Denn was von dieser Verfassung in Kraft ist, sind zwar nicht die dem „Volke“ zugestandenen Rechte, wohl aber die Tendenz, alles was in Deutschland noch eigenen Wert und eigenes Leben hat, zu „verreichlichen“. Die Bayern aber, die am wütendsten auf diese Verfassung schimpfen, sind ihre wahren Nutznießer. Sie hatten recht, als sie ihr in Weimar zustimmten; sie haben auch recht, daß sie heute noch die großdeutsche schwarzrotgoldene Fahne ächten und die großpreußische schwarzweißrote begeistert schwenken, die von dieser Republik nie hätte verleugnet werden dürfen; denn sie gehört zu ihr wie der Noske, der Külz und der Fridericus-Stingl. Die Bayern schreien Föderalismus und meinen damit Bismarcks Reich unter bayerischer Hegemonie. Man muß es ihnen lassen, daß sie ihr Ziel erreicht haben. Sie haben seit Kahrs geglücktem Kapp-Putsch dem Begriff des Föderalismus in Deutschland die allgemein respektierte Deutung zu geben gewußt, daß, was immer in Bayern geschieht, das Reich nicht das geringste angeht, und daß im Reich nicht das geringste geschehen darf, was nicht von Bayern kommandiert ist. Die Reichsamnestien von 1920 und 22 wurden in Bayern nicht durchgeführt, die Durchführung des Republikschutzgesetzes, soweit es scheinbar auch „Vaterländische“ bedrohte, ausdrücklich verweigert, die Reichsgerichtsjustiz den reichsgesetzlich unzulässigen „Volksgerichten“ übertragen, deren Anerkennung durch das Reich erzwungen wurde. Die Militärmacht des Reiches wurde von Bayern gespalten und die Truppen dort auf die bayerische verfassungswidrige Kahr-Lossow-Diktatur vereidigt. Als per Patent-

lösung Preußen-Deutschland erobert werden sollte, entsandten die Sozialdemokraten Ebert und Sollmann sogleich Truppen — nach Sachsen, um den Weg von München nach Berlin frei zu machen. Den Entente-Kontrollkommissionen wurden in Regensburg und Passau die Autos demoliert und die Kosten von Bayern dem Reich aufgebremmt. Mit dem Konkordat hob Bayern alle Sicherungen der Verfassung gegen den Klerus auf, und das Reich mußte bestätigen, daß das verfassungsmäßig sei. Allmählich gelang es den Bayern, die Reichsregierung direkt zu erobern. Mit Emminger fing es an, der auf dem Wege der einfachen Verordnung die 1848 durch die Bürgerrevolution erkämpften Schwurgerichte beseitigte (Wirkung: der Fall Marschner). Koch durfte wegen des bayerischen Vetos nicht Reichsinnenminister werden; gottseidank hatten die Demokraten ja noch ihren Kälz, und das ist ein Mann mit weißblauer Kravatte. Es ist ein echt bayerisches Schund- und Schmutzgesetz, das er ausgekült hat, und jetzt ist die bayerische Geburtszange am Werke, ihm ein noch köstlicheres Schulgesetz zu entbinden. Die geplanten Ausführungsbestimmungen zum § 48 braucht er nur noch den Gebräuchen anzupassen, die die Kahrioten an der Isar längst praktiziert haben. An den Indigenatsbestimmungen auch der Weimarer Verfassung braucht nichts geändert zu werden. Die werden schon immer in der Form angewendet, daß alle Reichsländer die Angehörigen aller ändern bei sich dulden müssen, während Bayern Norddeutsche mit unbeliebten Ansichten als feindliche Ausländer hinaustreibt. Was aber die Reichswehr anlangt — Herr Dr. Geßler ist Bayer; was will man mehr?

Bayern verbietet das Erlaubte (die von der Reichsprüfstelle freigegebenen Filme „Panzerkreuzer Potemkin“ und „Der schwarze Sonntag“; die Massenverurteilung von Mitgliedern der erlaubten und sogar im bayerischen Landtag wirkenden Kommunistischen Partei, weil sie dieser Partei als Funktionäre dienen); Bayern erlaubt das Verbotene (Beherbergung gesuchter Verbrecher wie Ehrhard und Roßbach, Nichtverfolgung von Mördern, Austeilung von Titeln und Ehrenzeichen, Ausweisungen Reichsdeutscher). Bayern ist in der deutschen Republik Sieger auf der ganzen Linie und hat sich trotz seines Weinens nach Föderalismus als zentralste Gewalt im zentralistischen Betrieb glänzend eingerichtet. Was es mit dem bayerischen Föderalismus auf sich hat, das zeigt sich am deutlichsten in der Verwaltung des eigenen Landes. Da wird alles zentralisiert und obrigkeitlich geschuhriegelt, daß sich der bayerische Bauer Berlin wieder als Hauptstadt wünschen möchte. Die Kom-

munen werden entrechtet, die Polizei verstaatlicht, die örtlichen Privilegien abgebaut.

Bayern ist heute wieder die größte Hoffnung für die deutsche Revolution. In der Kleinbauernschaft gärt es, da die Steuerlast sie erdrücken will und die großbäuerlichen Bauernleger schon auf ihre Stunde warten. Auch das bayerische Proletariat wird sich nicht für alle Dauer derartig kujonieren und demütigen lassen, wie es die Held-Regierung den plumpsten Reaktionen der Weltgeschichte nachmacht. Der beschwingte Geist, der ehemals Bayern und München liebenswert erhielt, ist von Zeloten und Banausen ausgerottet. In derselben Woche, in der Erich Ludendorff die Erlaubnis erhielt, sich in Ludwigshöhe bei München anzusiedeln, wurde Deutschlands feinsten Lyriker, Rainer Maria Rilke, des Landes verwiesen. Ueber den Straßen Münchens, die früher strahlten vom Glanze kunstfroher Natürlichkeit, lagert eine Wolke von Pandektenstaub, Bierdunst, Weihrauch und nationaler Pomade.

Die Stimmung des bayerischen arbeitenden Volkes ist verzweifelt. Aber hinter der Verzweiflung lebt das Verlangen, wieder leben zu können; das Verlangen wird zum Entschluß werden und der Entschluß zur Tat. Bayern ist mehr als je die Hoffnung der deutschen Revolution.

Arco und Sinder.

Die im Eingangartikel versuchte Charakteristik des gegenwärtig in Bayern sich breiten Niveaus enthält fast nichts über das Wirken der Justiz in dem christlichen Lande, das doch auch grade auf diesem Gebiet in der erstaunlichen Ungeniertheit, mit der man der unglücklichen Göttin eine doppelzüngige Wage in die Hand gedrückt hat, den Wegen der Ebermayer, Niedner, Vogt und Weßling bahnbrechend voran geschritten ist. Aber wo anfangen? Das Thema: zweierlei Recht in Bayern! ist unerschöpflich; doch muß den Bayern zugestanden werden, daß sie sich Einsprüchen der ganzen Welt gegenüber, wenn Parteilichkeit und Ungerechtigkeit garzu provozierend ans Licht traten, stets tapfer und erfolgreich ihre Eigenart gewahrt haben. Der Anspruch auf die Niedrigkeit des Rechtsniveaus heißt auf bayerisch: Rechtshoheit.

Ich wünsche die bayerische Regierung und vor allem auch die Sachwalter des katholischen Kirchenglaubens, deren Einfluß in Bayern die Politik ausschließlich beherrscht, darüber nicht im Zweifel zu lassen, daß sie solange Gegenstand unausgesetzter Denunziationen und Propagandamittel für die schon bisher von ihnen mächtig geförderte Kirchenaustritts-Bewegung bleiben werden, bis nicht eine umfassende Amnestie die krassen Justizgewaltsamkeiten gegen Revolutionäre korrigiert hat, und bis nicht Garantien

geschaffen sein werden, daß die Anwendung der klassenpolitischen Strafgesetze, die Ausübung des Strafvollzugs und der Gesamtkomplex dessen, was Bayern der Entscheidung seiner sogenannten Rechtshoheit unterstellt glaubt, in halbwegs erträglichem Maße der Willkür brutaler politischer Rachsucht entzogen wird. Danach wird auch Bayern wieder Anspruch darauf erheben können, von den Klassegegnern jedes kapitalistischen Staates mit den gleichen Waffen bekämpft zu werden, die im Klassenkampf allgemein geboten sind. Vorerst muß eine Weltpropaganda gegen die bayerische Justiz entfacht werden und an Einzel- und Massenbeispielen dargetan werden, in welchem Grade heute noch seit 1919 die politische Justiz in Bayern sich selbst als nichts anderes betrachtet denn als die einseitige Fortsetzung des offenen Bürgerkrieges gegen die längst wehrlose und qualvoll am Boden sich windende proletarische Klasse. Diese Blätter reichen entfernt nicht aus, um solcher Propaganda die nötige Resonanz zu geben. Ich bereite Broschüren und Bücher vor, um in die Dunkelkammern der bayerischen Justiz zu leuchten, und es soll Skandal geschlagen werden, daß es den Kühlewein-Reisenden in München und in Berlin dabei warm werden wird.

Hier kann ich nur gelegentlich diesen oder jenen Fall herausgreifen und mich auf eine ganz kurze Skizzierung beschränken. Dieses Mal will ich die Angelegenheit Arco-Lindner — nicht behandeln, aber vorbereiten. Für ihre exakte Darstellung plane ich an der Hand schon verfügbaren Aktenmaterials die Herausgabe einer eigenen Monographie, der bald eine weitere über die Scheußlichkeit des sogenannten „Geiselmord“-Prozesses folgen soll, — es sei denn, die bayerische Regierung besänne sich noch rechtzeitig auf die Amnestierung der Genossen in Straubing. Aber ich fürchte, eher wird man aus einem Kuheuter Champagner als aus einem bayerischen Regierungs-Christen Barmherzigkeit melken können.

Der Ministerpräsident Kurt Eisner hatte resigniert. Sein Innenminister Auer beherrschte die Regierung, und wenn es ihm nicht gelang, die Ebert-Noske-Methoden in Bayern durchzusetzen, so war das viel weniger Eisners Verdienst als das des gesamten aktiven Teils des Proletariats, das, ohne programmatische Engherzigkeit, der spartakistischen Revolution ergeben war.

Was Eisner allein noch beim Proletariat nützte, war die tolle Hetze, die unter Auerscher Regie in der Presse und vor allem bei der nationalistischen Studentenschaft gegen ihn betrieben wurde. Man verleumdete ihn mit den niederträchtigsten Mitteln und am 18. Februar hielt Eisner in einer Massenversammlung im Deutschen Theater seine letzte große Rede, in der er diese Hetze zerplückte, Drohbriefe verlas, die den Entschluß, ihn zu ermorden, evident machten und, völlig überzeugt von dem Bestehen eines Mordkomplottes, erklärte: „Ich habe abgeschlossen.“ Am 21. Februar ging er, unter dem Arm die Mappe, die seine Demissionserklärung enthielt, zum Landtag, um vor der Bourgeoisie zu kapitulieren und dem Favoriten der vereinigten

monarchistischen Konterrevolution, dem Sozialdemokraten Erhard Auer, seinen Platz zu räumen. Auf diesem Wege erschöß ihn Graf Arco auf Valley mit zwei wohlgezielten Schüssen in den Hinterkopf.

Der junge Mörder wurde von Eisners Begleitern sofort mit Gewehr- kugeln niedergestreckt und schwer verwundet. Im Landtagsgebäude aber sammelten sich die neu gewählten Parlamentarier, während die Galerien von revolutionären Arbeitern und Soldaten gefüllt waren. Es war in unsern Reihen ausgemacht, daß wir den Zusammentritt des Parlaments störungslos geschehen lassen wollten, um erst gegen es vorzugehen, wenn es die Ergebnisse der Revolution abzubauen begönne. Ich selbst war deswegen schon tags vorher zu einer Agitationsreise abgereist. In den Räumen des ehemaligen Reichsrats, der bayerischen ersten Kammer, tagte der Revolutionäre Arbeiterrat, eine aus den Ereignissen der Revolutionsnacht vom 7./8. November spontan hervorgegangene Körperschaft, von der bislang alle revolutionäre Initiative ausgegangen war. In ihre Beratungen platzte die Nachricht von Eisners Ermordung. Maßlose Erregung und ein einziger Wutschrei: Auer! Alois Lindner, Mitglied des R.A.R., reißt seine Pistole aus der Tasche und rast. Da kommt die Meldung in den Saal: eben hält Auer unten im Landtag den Nachruf auf Eisner! Jetzt ist für Lindner kein Halten mehr. Er stößt besonnenere Genossen zur Seite, stürzt die Treppe zum Sitzungssaal hinunter, zielt auf Auer, der sich grade wieder hingestzt hat, und schießt. Ein im Saal anwesender Major Jahreis springt mit seinem Revolver auf Lindner zu; der kommt ihm zuvor und schießt ihn nieder. Auer ist schwer verwundet, Jahreis tot. Die Galerie nimmt für Lindner Partei, es fallen von oben Schüsse, die Abgeordneten laufen in kopfloser Panik auseinander, flüchten durch Türen und Fenster, einer von ihnen, der Klerikale Osel, bleibt tot am Platze. Lindner reist auf Rat von Freunden 2 Tage nachher ab, gelangt nach Ungarn, wo er an der Räterevolution tapfer teilnimmt, wird, als Kurier nach Oesterreich geschickt, dort an der Grenze festgenommen und an Bayern ausgeliefert, eine der elendesten Schandtaten, die je von regierenden Sozialdemokraten begangen worden sind.

Es folgten die Verhandlungen vor dem „Volksgericht“. Graf Arco war längst gesund, aber man hatte seine Aburteilung hinausgeschoben, bis Lindner ausgeliefert war, und nun wurde zuerst der Fall Lindner prozessiert, dann erst, eine Woche später, der Fall Arco. Das war nötig, da der Prozeß Arco unbedingt bestätigen mußte, was Lindner behauptete: daß nämlich seine Tat einfach eine Reflexhandlung auf die Tat des Mörders Arco war. Aber Auers Freunde hatten im Vorwärts eine tolle Lügengeschichte erfunden, wonach das Attentat auf Auer und die bewaffnete Sprengung des Landtags bei seiner Eröffnung vom Rev. Arb.-Rat lange zuvor beschlossen und Lindner zur Ausführung vorbestimmt gewesen sei. In der Verhandlung gegen Lindner wurde aus seinen Militärakten festgestellt, daß er im Jahre 1916 nach

3 Monaten Dienstzeit wegen „hochgradiger Reizbarkeit“ entlassen worden war. Dessenungeachtet hielt sich das Gericht an die Auffassung, die der Staatsanwalt in der Anklageschrift so formuliert hatte: „Die Tat wurde nach genauer Ueberlegung und Verabredung aus reiner Mordlust verübt.“ Die Schüsse auf Auer, die die offensichtliche Affekthandlung eines notorisch krankhaft reizbaren Mannes waren, wurden als versuchter Mord, die Tötung Jahreis, ein typischer Notwehrakt, als vollendeter Totschlag bewertet. Das Gericht unterließ nicht, die ehrlose Gesinnung Lindners festzustellen, aus der beide Taten entquollen seien und erkannte auf 14 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Der Proletarier war erledigt; jetzt konnte der Aristokrat „gerichtet“ werden. Er behauptete, die Ermordung Eisners sei auf seinem eigenen Mist gewachsen. Seine unreifen politischen Auseinandersetzungen, die die vollständigste Ahnungslosigkeit von Eisners Wesensart, seinen Ansichten, Absichten und von seiner Erledigung als aktiver Repräsentant der Revolution verrieten, begegneten bei den Richtern ehrfürchtiger Bewunderung. Sie glaubten ihm, daß kein Komplott bestanden habe, unterstellten einfach als wahr, was der junge Mann in anständiger Solidarität mit seinen Mordkomplizen auf sich nahm. Es wird noch der Beweis dafür erbracht werden, daß ein sehr weitgreifendes Komplott bestand, das an jenem 21. Februar neben Eisner auch Gustav Landauer, Max Levien und mich beseitigen sollte. Das Ergebnis der Verhandlung, in der sich übrigens herausgestellt hat, daß Auer uns Radikalen Offiziersgattinnen als Spitzel ins Haus geschickt hat, war: der Graf Arco wurde wegen vorsätzlichen Mordes zum Tode verurteilt, ihm aber die Ehrenrechte nicht aberkannt, da ihm das Gericht unter tiefen Verbeugungen attestierte, daß sein Mord die Tat überzeugungsfester Ehrenhaftigkeit war. Tags darauf verkündete der Student Esser, später Hitlers Adjutant, in der Universität München den Beschluß der sozialistischen Regierung Hoffmann, daß Arco zu lebenslänglicher Festungshaft begnadigt sei. Er kam in eine eigens für ihn hergerichtete Festungsabteilung in Landsberg; Lindner wie die andern ehrlosen Sträflinge nach Straubing. Arco wurde nach 4½ Jahren halber Gefangenschaft freigelassen; Lindner leidet heute noch, im achten Jahre, im Zuchthaus.

Graf Arco und Alois Lindner — sie haben in der Gefangenschaft jeder ein Buch geschrieben. Das des Grafen habe ich im Hauptartikel dieses Heftes schon erwähnt. Lindner mußte sein Buch heimlich schreiben; es heißt „Abenteuerfahrten eines revolutionären Arbeiters“ (Neuer Deutscher Verlag, Berlin 1924) und beschreibt schlicht und schön das Leben eines phantasievollen armen Teufels, sein eigenes Leben. Man lese es, um zu ermessen, was es mit der reinen Mordlust auf sich hat, die ihm das Gericht unterschob. Man lese es, um zu wissen, an wem die Straubinger Strafvollzugsmethoden, deren Fürchterlichkeit hier einmal gesondert behandelt wer-

den soll, sich austoben dürfen. Aber das ist jawohl die Notwehr des Staats gegen Verbrecher. Die Notwehr, die Lindner den Major erschießen ließ, um das eigene Leben zu retten, gilt nicht. Aber der eingestandene Mord Arcos an Eisner, der war Notwehr! Wieso? Wer das behauptet? Das behauptet das führende Organ der Bayerischen Volkspartei, der Bayerische Kurier, das Sprachrohr der allerfrömmsten bayerischen Katholiken. Nicht schon damals, 1919, sondern jetzt, am 19. November 1926, schrieb dieses christliche Organ (Nr. 323) über Arcos Tat: „Nimmt man nun an, daß die Tötung des zum weiteren Umsturz Entschlossenen, sei es objektiv, sei es subjektiv nach Auffassung des Täters, das zur Abwehr des neuen Umsturzes „erforderliche“ oder notwendige Mittel war, so ist damit der Tatbestand der wirklichen oder vermeintlichen „Notwehr“ zweifellos gegeben, und ebenso zweifellos ist, daß die Tat . . . im Dienste des rechtmäßigen Staates und im Einklang mit der Selbstverteidigung dieses rechtmäßigen Staates erfolgte“.

Graf Arco preist im Eingang seines Buches das „gütige Geschick“, das ihn in eine stille Festungsstube bannte. Lindner scheint sein Geschick, das ihn in eine grauenvolle Zuchthauszelle verdamnte, weniger gütig zu finden. Denn während der Graf am Schluß seines Werkes, eingedenk vielleicht der juristischen Findigkeit, mit der die Kreuzträger seiner Heimat einen Meuchelmord als Notwehr zu verteidigen wissen, aufruft „zum Kampf für Kreuz und Heimat“, schließt Lindners Schrift mit dem Satz: „In meiner Zelle hängt ein Kruzifix. Oh, der Staat ist barmherzig! Er hängt in unsre Zelle das Bild des großen Empörers — und drückt uns in christlicher Barmherzigkeit die Gurgel zu.“

Sowjet-Granaten?

Es gibt Dinge, die den Revolutionär, der die proletarischen Revolutionäre aller Anschauungen zu kameradschaftlicher Duldung überreden möchte, zur Parteinahme auch auf die Gefahr hin zwingen, Risse zu vergrößern. In der Angelegenheit der Enthüllungen des Manchester Guardian zu schweigen, ließe nicht ausgleichend und versöhnend wirken, sondern auf Kosten der Reinlichkeit und Wahrhaftigkeit Diplomatie treiben. Zur Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden — ich muß der Feiertage und einer Reise wegen die Redaktion des Heftes schon in der Monatsmitte abschließen, — läßt sich mit annähernder Sicherheit dieser Situationsbericht geben: Im Jahre 1922 errichteten die Junkers-Werke auf Veranlassung des Reichswehr-Ministeriums und gestützt auf dessen finanzielle Zusicherungen auf russischem Boden eine Fabrik, in der unter deutscher Direktion Kampfflugzeuge hergestellt wurden, die der Versorgung der deutschen Heeresmacht auf illegalem Wege dienen sollten. Zugleich wurden andre Unternehmungen ähnlichen Charakters in Rußland eingerichtet — der Vorwärts behauptet, ohne bis jetzt dokumentarische Belege dafür beizubringen, es handle sich um die Fabrikation von Artilleriemunition und Giftgasen. Die Verträge zwischen den deutschen Industriellen und der russischen Regierung wurden

von deutschen Reichswehr-Offizieren vermittelt und von Geblers Ministerium mit unterzeichnet. Da dieses Ministerium seine den Junkers-Werken gegebenen Garantien nicht erfüllte, ging die Firma pleite, und die übrigen nach Rußland geschobenen Munitionsschieber-Institute sollen sich jetzt in „einem ähnlich liquiden Zustand“ befinden. Eine Denkschrift des enttäuschten Kapitalistenklüngels, die unter Zurückstellung „vaterländischer“ Bedenklichkeiten das Wehrministerium der Bemogelung der Versailler Vertragskontrahenten und die Russen der Seektiererei zeilt, gelangte auf sozialdemokratischen oder andern Völkerbunds-Wegen nach Manchester und von da zum Stampfer zurück, und nun ist ausgerechnet der Vorwärts sittlich entrüstet und klagt die Russen an, sie lieferten der deutschen Soldateska Waffen zur Niederknüttelung des deutschen Proletariats.

Was den Vorwärts anlangt, so lotet kein Wort des Ekels den Abgrund der Heuchelei aus, aus dem diese Kanaillie sich den Mut holt, die schützende Gluckhenne des deutschen revolutionären Proletariats zu markieren. Die Partei dieser Zeitung hat die Reichswehr geschaffen aus den weißgardistischen Freikorps und Landsknechtsformationen, die sie ebenfalls geschaffen hatte. Herr Wels, heute noch Vorsitzender der Partei, war der Berliner Stadtkommandant, der schon im Dezember 1918 als ersten Büttel der Konterrevolution in revolutionäre Arbeitermassen hineinschießen ließ. Herr Ebert und seine Noskes derselben Partei haben in den Jahren 1919 und 20 den „Feindbund“ ein übers andre Mal angewinselt, man möge doch eine Bewaffnung Deutschlands mit schweren Geschützen, Giftgasen und Großkampfflugzeugen zugeben, die ja beileibe nicht zur Vorbereitung von Kriegen, sondern durchaus nur gegen den inneren Feind, das Proletariat, verwendet werden sollten. Maximilian Harden hat grade diese Lumperei in seiner „Zukunft“ oft ausgezeichnet charakterisiert. Wenn der Vorwärts heute Rußland denunziert, daß es die deutsche Konterrevolution gegen das deutsche Proletariat bewaffnet, so quält ihn dabei nicht die Tatsache, daß damit neue Blutbäder unter den Arbeitern vorbereitet werden, sondern ihn ärgert, daß statt des westlichen Privatkapitalismus der russische Staatskapitalismus aus solcher Geschäften Profit zieht. Stresemann soll von England aus scharf gemacht werden, „diese geheime unverantwortliche Tätigkeit ihres (der Reichsregierung) eigenen Reichswehrministeriums ein für allemal zu unterdrücken“, — so schließt der Bericht des Manchester Guardian, und das heißt, Stresemann soll den Deutschnationalen die Patronen aus dem Lauf ziehen, mit denen sie im Bunde mit Rußland gegen Westen Krieg führen möchten und dem britischen Kapital die Politik fördern, die Deutschland als Bundesgenossen zum Kriege gegen den Osten braucht.

Wenn der Vorwärts also, der den Reichswehrkrieg gegen Sachsen organisieren half und stets gebilligt hat, jetzt darüber tobt, daß die sächsischen Arbeiter mit Sowjet-Granaten massakriert worden seien, so gehört es sich, ihn anzuspucken. Das enthebt aber nicht der Pflicht, mit aller Deutlichkeit auszusprechen, was vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes zu den im Manchester Guardian veröffentlichten und nicht mehr bestrittenen Tatsachen grundsätzlich zu sagen ist. Dabei ist es gleichgültig, ob die weitergehenden Behauptungen des Vorwärts über die erst in den letzten Monaten in Stettin gelöschten Schiffe stimmen; diese Behauptungen lasse ich so lange nicht gelten, wie sie nicht dokumentarisch bestätigt sind: das zynische Feixen des Vorwärts ist allein nicht beweiskräftig. Die Denunziationen der Junkers-Werke genügen vollauf, um ein Urteil fällen zu können. Es kann kein andres Urteil sein als ein sehr hartes und bitteres, das die russischen

Staatslenker schuldig spricht, die Interessen des internationalen Proletariats in unerhört frivoler Weise denen des russischen Neukapitalismus untergeordnet zu haben. In diesem Zusammenhange soll garnicht gegen die Nep-Politik allgemein polemisiert werden. Mag es wahr sein, daß alle die Konzessionen an die Privatwirtschaft gemacht werden mußten, um die Existenz der Bevölkerung zu sichern, um den Aufbau der zerfallenen Wirtschaft, meinestwegen sogar in der Richtung auf den Sozialismus, möglich zu machen, — so bleibt die Frage: Dient die Herstellung von Kampfflugzeugen, die die deutsche Reichswehr zur Bekämpfung des eigenen oder ausländischer Proletariate nötig zu haben glaubt, der Hebung einer Produktion, mit der der Hunger der in Rußland arbeitenden Menschen gestillt werden kann? Ferner: Waren die verkrachteten Junkers-Werke auf russischem Boden ein Betrieb „von konsequent sozialistischem Typ“? Offen heraus gesagt, die Konzessionierung derartiger Fabriken, verbunden mit Frühstücksunterhaltungen zwischen Tschitscherin und Seeki, Bevorzugung rechtsnationalistischer deutscher Politiker zu diplomatischen „Pourparlers“ — alle diese Dinge und noch viele mehr passen verteuelt schlecht zu den ständigen Versicherungen aus Moskau, daß dort alles nur unter dem Gesichtspunkt geschehe, die Weltrevolution zu beschleunigen und ihr die sicherste Fahrt zum Kommunismus zu bahnen. Uebrigens werden ja auch diese revolutionären Versicherungen seit langem nicht mehr von Regierungsstellen abgegeben, das überläßt man den Parteieninstanzen. Ist der Außenkommissar des proletarischen Staates in Berlin, so spricht er zum Proletariat so wenig, wie er vom Proletariat spricht. Er redet von Deutschland und meint damit das stresemännisch gefirmte Bendlerstraßen-Deutschland. Er spricht von freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland und meint gute Geschäfte der deutschen Kapitalisten im Verkehr mit russischen Behörden. Die Dementis der Russen gegen die peinlichen Publikationen über die Sowjet-Granaten waren in keiner Weise beflissen, etwa die erregten Gemüter der Arbeiter zu beruhigen, es waren diplomatische Dementis an die Adresse der Reichsstellen zur gefälligen Benutzung in Genf, falls Chamberlain Aufklärungen verlangte. Das Aufklärungsbedürfnis der deutschen Arbeiterschaft zu befriedigen, überließ man der Redaktion der Roten Fahne. Da wurde denn heute bestätigt, was gestern abgeleugnet, heute bestritten, was gestern schon zugegeben war und damit aufs unzweideutigste bekundet, daß man das, was man verteidigte, keineswegs als harmlos, gleichgültig oder auch nur entschuldbar empfand. Es ist leichter, in der Bekämpfung revolutionär gebliebener Genossen das rote gelb und das gelbe rot zu nennen, als die Belieferung der Weißgardisten mit Bürgerkriegswaffen als revolutionäre Tat begreiflich zu machen. Es wird nötig sein, die russische Staatsraison aus den Köpfen der Proletarier herauszubringen, die in ihren Ländern die Revolution anstreben. Die beiden Dinge sind nicht mehr dasselbe und passen nicht mehr zusammen. Es könnte sonst geschehen, daß die Sowjetmunition, auch ohne von Claß und Sodenstern zum Krepieren gebracht zu sein, das deutsche revolutionäre Proletariat so weit auseinander sprengt, daß es sich in der Stunde der Entscheidung nicht mehr zusammenfinden kann.

Friede auf Erden.

Wer war der Erfinder des Londoner Paktes? Herr General Dawes aus Amerika. Sein Wirken spüren wir auf Schritt und Tritt. Die Reichsbahn muß soviel Geld abwerfen, daß sie ihre Arbeiter und Angestellten zu Zehntausenden auf die Straße und ihre Fahrgäste auf den Friedhof wirft. Die

Not ist allmählich so groß geworden, daß Geflügel mit den nationalen Verbänden kaum mit den Rüstungen zum Bürgerkrieg nachkommen kann, und der einzige Paragraph des Londoner Abkommens, der etwas Versöhnliches hat, wird von deutscher Seite einfach nicht eingehalten: das ist der Artikel 7, der die allgemeine Amnestie betrifft, die jedem zugute kommen soll, der in der Zeit der Ruhrbesetzung im betroffenen Gebiet politische Straftaten begangen oder geplant hat. Auch nicht „unter irgendeinem Vorwand“ darf er „verfolgt, beunruhigt, belästigt oder einem materiellen oder moralischen Nachteil unterworfen werden“, „sei es wegen seines politischen Verhaltens . . . , wegen seines Gehorsams oder seines Nichtgehorsams gegenüber den Befehlen, Ordonnanzen, Verordnungen und Anordnungen, die von den Besatzungsbehörden oder den deutschen Behörden . . . erlassen worden sind, sei es endlich wegen seiner Beziehungen zu jenen Behörden.“ Das Reichsgericht aber verurteilt fröhlich Kommunisten aus Honnet wegen ihrer angeblich geübten Beziehungen zu den deutschen Behörden, denen sie die Separatisten hinausschmeißen geholfen hatten. Herr Dawes hat das Seinige getan. Friede auf Erden!

Wahrhaftig, sie haben den Friedenspreis der Nobelstiftung verdient, die Herren Dawes und Briand, Streselain und Chambermann. Seit Jahr und Tag plagen sie sich jetzt mit der europäischen Aufgabe, den Frieden zu rüsten, um den Krieg zu bereiten, und die Waffen sind immer noch nicht losgegangen. Dank sei den Preisrichtern in Stockholm, daß sie die beamteten Händelsucher Europas erwählten, die schon in den Jahren 1914—1918 unablässig und unabhkömmlich für den Frieden gekämpft haben, für den Frieden von Brest-Litowsk, von Bukarest und von Versailles. Auch die Kriegsdienstverweigerer in den Zuchthäusern freuen sich der Wahl der Friedenspreis-träger und sie schlagen vor, bei der nächsten Gemüseausstellung in Stockholm die goldene Medaille für den größten Kohlkopf einem Mastochsen zu verleihen. Halleluja!

Siegfried Jacobsohn.

Eine gute Kraft ist von der Weltbühne abgetreten. Keiner, der sich eine Heldenrolle auf ihr angemacht hätte, aber ein Kritiker, der etwas von Dramaturgie und von Schauspielkunst verstand. Jacobsohn war im Rampenlicht aufgewachsen, hatte als Schuljunge, als junger Student Abend für Abend im Theater zugebracht, hatte gelernt, den Menschendarstellern unter die Schminke zu schauen, Genialität von Stümperei, Echtheit von Maché zu unterscheiden und war einer der besten Bühnenkritiker, die Deutschland je besessen hat. Als die Erde aufhörte, auf ihrem eigenen Schauplatz Idyllen aufzuführen und sich die ungeheure Tragödie des Zusammenbruchs einer auf Schwindel, Niedertracht und Ausbeutung aufgebauten Wirtschaftsordnung in der Erschütterung durch den Weltkrieg ankündigte, empfand Jacobsohn den Drang, sein kritisches Talent über die Welt des Scheins hinaus auf die Welt des Lebens wirken zu lassen. Er stellte sich die Uebertragung zu einfach vor, und der feine Durchschauer von Bühnenwirkung und Theatertechnik versagte völlig vor der ersten Aufgabe, die seinem kritischen Geist von der Wirklichkeit gestellt wurde. Er fiel auf das tolle Schmierstück herein, das das offizielle Deutschland von 1914—1918 aufführte, um mit geheuchelter Sentimentalität und verlogener Unschuldgeste die Hintergründe der Szene zu verdecken, in denen der Reichtum die Knochen der Armen ins Feuer warf, um Gold daraus zu destillieren. Naiv wie ein Kind, das zum ersten Mal Marionetten zappeln sieht, glaubte Siegfried Jacobsohn mit den übrigen 99%

der Deutschen, der raffigieriger Intrigant da vorn sei tatsächlich der reine Heldenjüngling, als den er sich ausgab. Nachher gingen dem Kritiker die Augen auf, und nun fand er sich zurecht auf der Weltbühne. Er hatte die saubere Zurückhaltung, in seinem Blatt keine eigenen politischen Artikel zu schreiben, aber er war ein vorzüglicher und tapferer Redakteur, der es demjenigen zur Verfügung stellte, der eine kritische Meinung hatte, und dabei zog er nach links hin keine Grenze. Siegfried Jacobsohn war kein Politiker, aber ein politisches Temperament, kein Revolutionär, aber ein revolutionärer Charakter. Er war ein Mensch, nehmt alles nur in allem.

Was ist unsittliche Kunst?

Vor einigen Jahren veranstaltete der Malik-Verlag ein Preisausschreiben für die beste Beantwortung dieser Frage. Ich beteiligte mich von der Festung aus an dem Wettbewerb, von dem aber niemals wieder zu hören war. Da die lex Kütz die Frage neu akut gemacht hat, sei mein Beitrag jetzt mitgeteilt.

Erste Unterfrage: Was ist Kunst?

Etwa: Die Formgebung konzentrierten seelischen Erlebens mit den Ausdrucksmitteln metaphorischer Verständigung (Sprache, Bildnis, Ton). Der Wert eines Kunstwerks bestimmt sich aus der Kenntlichkeit der gesteigerten seelischen Kraft des Künstlers.

Zweite Unterfrage: Was ist unsittlich?

Alles, was den Begriffen der Sittlichkeit widerspricht.

Die Frage ist also zu formulieren: Was ist Sittlichkeit?

Sittlichkeit ist, nach dem natürlichen Sinn des Wortes, die Summe der Eigenschaften, die einer Persönlichkeit den Charakter der Anständigkeit verleihen, wobei als Wertmaß die Einwirkung der Aeußerungen der Persönlichkeit auf Geschmack, Verhalten und Ethos der menschlichen Sozietät und umgekehrt die Reaktion der Persönlichkeit auf Erscheinungen und Zustände der sozietären Kollektivität anzulegen ist. Sittlichkeit ist somit ein sozialer Wert. Je aufnahmewilliger ein Charakter sich den positiven, gesellschaftsstärkenden, ethisch-verbindernden Einflüssen der Gesellschaft hingibt, und umgekehrt, je ethosfördernder, geistklärender, geschmackverbessernder er an der Formung der Gesellschaft teilnimmt, umso höher steht seine Sittlichkeit.

Das Wesen der Unsittlichkeit ergibt sich aus der Negation.

Sozial bedingte Begriffsverbildung und Urteilsverroftung hat die Erkennungsmerkmale von Sittlichkeit und Unsittlichkeit aus der Sphäre des Allgemein-Gesellschaftlichen in die Ebene des Speziell-Sexualen hinabgezogen. Kundgebung und Betätigung der Geschlechtlichkeit steht nicht außerhalb der sittlichen Würdigung, kann von ihr aber erst beansprucht werden, wenn die Sozietät als Ganzes betroffen wird, etwa, wo es sich um Erörterungen allgemeiner Einrichtungen — Ehe, Prostitution, Mutterrecht, Wertung der Virginität — oder wo es sich um Gefährdungen der Sozietät — Notzucht, Kinderschändung, Mädchenhandel, Exhibitionismus — handelt. Sexuelle Betätigung Erwachsener im gegenseitigen Einverständnis kann rechtens keiner gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen werden, steht daher außerhalb der Begriffe Sittlichkeit und Unsittlichkeit.

Sind diese Definitionen zutreffend, dann ist Kunst, wo immer ihre Kriterien gegeben sind, schlechthin sittlich. Denn die gesteigerte seelische Kraft eines Künstlers, welche ihre Nahrung nur aus den ethisch-verbindernden Einflüssen der Umwelt ziehen konnte, kann sich rückwirkend nur kenntlich machen durch ethosfördernde metaphorische Ausstrahlungen. Bleibt die gesteigerte Innerlichkeit des Künstlers unkenntlich, so ist sein Werk eben nicht Kunst, sondern Unkunst.

Der künstlerisch zur Form gebrachte Gegenstand läßt eine Abschätzung unter dem Maßstab der Sittlichkeit und Unsittlichkeit keinesfalls zu. Erst der Betrachter (Leser, Hörer) des Kunstwerks kann diese Begriffe aus dem Kunstwerk ableiten, aber nicht, ehe er es nicht im Aufnahmeapparat seiner Sinne als Kunstwerk zerstört hat. Er erkennt nicht die Metapher, mit der der Künstler sich verständlich macht, ihm manifestiert sich keine Steigerung seelischen Erlebens, sondern er abstrahiert vom Kunstwerk den dargestellten Gegenstand und legt an ihn Maßstäbe an, die ihn moralisch dünken. Empfängt der Betrachter (Leser, Hörer) von einem Kunstwerk den Eindruck, es sei unsittlich, so sind hieraus keine anderen Folgerungen zu ziehen, als solche, die sich auf des Dritten Aufnahmefähigkeit für gesellschaftlich positive Werte beziehen. Nicht der sittliche Charakter des Künstlers und seines Werkes wird mit seiner Verurteilung als unsittlich gekennzeichnet, sondern der Verurteilende erweist die Schwäche seiner sittlichen Persönlichkeit im Hinblick auf das Ethos der sozietären Kollektivität.

Antwort: Unsittliche Kunst ist somit eine *contradictio in adjecto* (zu deutsch: hölzernes Blech). Wird Unsittlichkeit in ein Kunstwerk hineingeurteilt, so stammt sie vom Urteilenden, dessen urteilende Sinne zugleich das Kunstwerk als solches vernichten. Er wende sich fort — und alsbald wird die Unsittlichkeit verschwunden und die Kunst wieder reinigend und sittlichend wirksam sein.

Kurze Chronik

Der Strom des Zeitgeschehens trägt eine Fülle unausgegorener Ereignisse vom alten ins neue Jahr hinüber, und viele davon verlangen bei dem Charakter dieser Zeitschrift eine besondere Betrachtung aus revolutionären Gesichtspunkten. Es ist dem Herausgeber nicht leicht, auf eine Beleuchtung der Lücken zu verzichten, in denen gegenwärtig das Pulver für den kommenden Krieg geschichtet wird. Mussolinis albanischer Vertrag ist dabei nicht weniger wichtig als der neueste Schlag, den die englische Diplomatie mit der Anzettelung des Faschisten-Putsches in Litaun gegen die russische Politik in Asien geführt hat. Das Säbelrasseln an der italienisch-französischen Grenze bedürfte im Zusammenhang mit dem Toben der Reaktion in Italien, Rumänien, Ungarn und anderswo eingehender Erörterung, und ebenso gebührte der sogenannten „Krise“ in der deutschen Reichswehr der Nachweis, daß da außer ein paar Schönggeistern, die den Staat für ein ethisches Institut halten, kein Mensch an andre Wandlungen denkt als solche, die die Pfründen der Parteibonzen der Konkurrenz freimachen sollen. Unser abgesetzter regierender Reichskanzler, der Mann mit dem sozialistischen Namen, der schwarzrotgoldstrotzenden Gesinnung und dem gottzugewandten Herzen hat recht, wenn er für die Reichswehr ebenso wie seinerzeit für die Justiz von dem Leder zog, aus dem sein Schädel gearbeitet scheint und versicherte, daß die Erziehung der Reichswehr „nach wie vor“ auf die Treue zur republikanischen Staatsform und die Pflichterfüllung gegen die verfassungsmäßigen Gewalten „abgestellt“ bleiben werde. — — Der knappe Raum im FANAL erlaubt leider nicht, auch nur die allerwesentlichsten Ereignisse des Monats zu behandeln. Vielleicht wird es bald möglich sein, den Umfang des Blattes zu erweitern. Doch will ich keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß die allerunwesentlichsten Ereignisse, wie etwa der parlamentarische „Sturz“ einer deutschen Reichsregierung, auch bei zulänglichem Platz hier nicht gewürdigt werden sollen. Das Problem der Erwerbslosigkeit wird nämlich erst interessant, wenn es andre Leute als abgehalfterte Minister betrifft.

Anarchistische Vereinigung Berlin

Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr:

Vortrag und Diskussion

Im Lokal Köhler, Bln.-Neukölln, Ziethenstr. 64.

Donnerstag, **6.** Januar: Gen. MRATSCHNY über „Der Aufbau des Sozialismus.“

Donnerstag, **13.** Januar: Mitgliederversammlung (Organisationsfragen).

Donnerstag, **20.** Januar: Vortrag von Dr. J. STEINBERG.

Donnerstag, **27.** Januar: Gen. G. LUEBECK über „August Reinsdorf.“

Gäste stets willkommen.

Zuschriften an Gustav Lübeck, Neukölln, Ziethenstr. 10 IV

Gefangenenhilfe.

Die beiden wichtigsten Unterstützungsorganisationen für die in Rußland inhaftierten Revolutionäre wenden sich gleichzeitig an die mit ihnen sympathisierenden Genossen mit der Aufforderung, ihnen in möglichst reichem Maße materielle und moralische Unterstützung zuteil werden zu lassen. Ich folge gern ihrem Ersuchen, die Adressen mitzuteilen, an die Anfragen, Mitteilungen und Unterstützungsmittel zu senden sind. Die Auslandsdelegation der Partei der Linken Soz.-Revolutionäre und des Verbandes der S.-R.-Maximalisten bittet in allen Angelegenheiten, die politische Gefangene ihrer Organisationen betreffen, die Adresse des Genossen I. Steinberg, Berlin W. 15, Meinekestraße 5, zu benutzen. Für die in Rußland inhaftierten Anarcho-Syndikalisten und Anarchisten hat die Internationale Arbeiter-Assoziation einen Unterstützungsfonds gebildet, dessen Verwaltung in die Hände der Genossen Alexander Berkman und Mark Mratschny gelegt worden ist. Beiträge sind in Deutschland zu senden an das Sekretariat der I.A.A. mit dem Vermerk: „Russischer Unterstützungsfonds“, Berlin O 34, Warschauerstraße 62.

„DIE NEUE ARBEITER-POLITIK“

Früher „DER RING“

ist das Organ des Fysiokratischen Kampfbundes
und des Ringes der revolutionären Jugend.

Die Paralyse des Abendlandes droht, auch die Politik der Arbeiterbewegung zu zersetzen. Die alten Dogmen haben ihre Werbekraft verloren, die praktischen Auswirkungen waren anders, als man auf Grund der alten theoretischen Erkenntnisse erwartet hatte. Die bitter notwendige Einheitsfront des Proletariats ist nur durch eine Neuorientierung auf theoretisch-revolutionärem Gebiete zu erreichen. Die fysiokratische Gesellschaftstheorie bildet den letzten Schritt auf dem Wege des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Aus ihr die revolutionären Konsequenzen zieht

„DIE NEUE ARBEITER-POLITIK“

Man fordere kostenlos Werbehefte (Giordano Bruno, Karl Liebknecht, Heinrich Lersch, Bakunin, Bergarbeiterstreik, Grundlagen der klassenlosen Gesellschaft) vom

RING-VERLAG, WINDISCHLEUBA I. THÜR.



Die revolutionär-anti-militaristische Wochenschrift

mit den Beilagen: „Freie Jugend“ und „Proletarischer Kindergarten“

Die Schwarze Fahne ist von Ernst Friedrich herausgegeben und erscheint jede Woche illustriert in Deutschland Österreich und der Schweiz. Einzelne Nummer 20 Pf.

Die Schwarze Fahne kämpft gegen das uniformierte Berufsmördertum und unterrichtet stets über Praxis und Theorie des internationalen antimilitaristischen Kampfes.

Die Schwarze Fahne wird auch von Polizei und Staatsanwalt eifrig gelesen und ist für monatlich 96 Pf. zu abonnieren durch die Post oder den Verlag: Berlin C 2, Farochialstr. 29.